

# Merseburger Tageblatt

Bezugspreis in der Stadt für Abnehmer monatlich 19 000, wöchentlich 5300, durch Boten bezogen 20 000, bei Postbezug 20 000 M. (ohne Bestellgeld). Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 900 M., Sonntagsblätter 1200 M. Alle Preise freibleibend. Postfach 16 654. Geschäftsstelle: Hülferstraße 4 für unübersehbare Zustellungen wird f. Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Anzeigenpreis: Der halbspaltige Millimeter Satzraum 600 M. und der halbspaltige Millimeter Zeilenraum 2400 M. Die laufende Monatsrechnung wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 1500 M. in Zahlung genommen. Ziffergebühren 1800 M. Porto besonders alle Preise freibleibend. Anzeigenchluss vormittags 10 Uhr. Sammelanzeigen Sonderart. Fernsprecher Nr. 100.

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Balß

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 166.

Mittwoch, den 18. Juli 1923.

163. Jahrgang.

### Lebhafte Tätigkeit in London.

#### Ein englischer Schritt bei der Reichsregierung?

Paris, 18. Juli. Londoner Meldungen lassen erkennen, daß die britische Regierung als Ausgangspunkt des Antwortentwurfes an Deutschland die Parlamentsklärung vom letzten Donnerstag benutzte. Wird es sich nun entscheiden, die Manöver von der Einsetzung des passiven Widerstandes, die sie nur im Austausch gewisser Zugeständnisse zu erlangen hofft, in den Entwurf aufzunehmen, so würde es sich hier um eine nachträgliche Ergänzung desselben handeln. Die Pariser Blätter bemerken dazu, das Londoner Kabinett habe die Absicht, den starken Strömungen, die sich im englischen Publikum zugunsten Frankreichs kundtun, auf diese Weise Rechnung zu tragen. Ob die englische Regierung tatsächlich mit einem Auslösen bei der Reichsregierung vorzuziehen werden wird, entzieht sich zur Zeit aller Voraussetzungen.

In der Downingstreet herrscht gegenwärtig eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit. Nicht weniger als vier englische Botschaftler, Lord d'Abernon aus Berlin, Lord Crewe aus Paris, sowie die englischen Botschaftler in Washington und Tokio sind in London anwesend und wurden gestern von Lord Curzon empfangen, nachdem bei diesem der französische Botschafter Et. Malraire und der italienische Gesandte della Peretti vorgefragt hatten. Man geht wohl nicht fehl, wenn man alle diese Besprechungen mit der Abfassung der englischen Antwort auf das letzte deutsche Reparationsangebot in Zusammenhang bringt. Der englische Antwortentwurf ist gestern fertiggestellt worden und wird heute vom Kabinettsrat erörtert werden. Bei der mannigfachen Zusammenlegung des Londoner Kabinetts wird die endgültige Fassung großen Schwierigkeiten begegnen. Man spricht davon, daß namentlich durch die Einwirkung Lord Robert Cecil's die ursprüngliche, idiosynkratische Fassung Lord Curzon's weitestgehende Abänderungen erfahren wird. Robert Cecil hatte, wie durch den „Marin“ bekannt geworden ist, schon auf die Annahme der englischen Regierungserklärung starken Einfluß ausübt. Daß der englische Antwortentwurf die Möglichkeit eines Bruches zwischen Frankreich und England praktisch ausschließen wird, ist bei der Haltung der englischen Regierung, der unbedingt an einer Antireparationshaltung der Entente mit Frankreich gelegen ist, so gut wie sicher. Es ist, wenn aber durch die Stellungnahme der Alliierten zu der englischen Antwort eine reine Zerlegung der Entente erfolgen und ein Einverständnis zwischen den Alliierten nicht zustandekommen sollte, so wird damit England auch nach einer etwaigen Sonderabrede an Deutschland den Draht nach Paris nicht abreißen lassen, und es werden sich dann die Bemühungen über die Reparationen und die Nachfrage noch wochenlang hinziehen.

In diesem kritischen Streit der Meinungen steht

#### Belgien vor der Wahl

zwischen England und Frankreich. Nach dem „Paris Post“ halte Belgien treu zu Frankreich und wende sich insbesondere auch gegen die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Wenn Belgien die britische Auffassung, die Frankreich ablehnt, trotz aller Antipathien Englands, Belgien von Frankreich zu trennen, sich nicht zu eigen macht, so dürfte sich England wohl zu dem Zugeständnis bequemen, den Sachverständigenausschuß von der Reparationskommission zu ernennen zu lassen. Der scheidende Außenminister Dr. De Meuleman, der sich nicht zwischen der Pariser und der Londoner Auffassung entscheiden zu können, gibt einem Optimismus Ausdruck der Infirmität den tatsächlichen Stand der Dinge zu entsprechen scheint, als an einem Bruch zwischen Frankreich und England nicht zu denken ist, eine Einigung über die strittigen Fragen aber nach schweren Verhandlungen dennoch zustande kommen dürfte.

Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Bemühtigkeit Belgiens sich Deutschland nicht einträgt und seine Rolle überhaupt mit dem größten Misstrauen besetzt werden muß.

#### Ein neuer Biß.

Der Verhandlungswille des „Temps“.

Paris, 18. Juli. Die vorgelegte Rede Lloyd Georges wird gestern vom „Temps“ heftig kritisiert. Das Blatt verweist an Hand zahlreicher Zitate auf die Unklarheit des Textes zu überführen. Sein Schluß läßt der „Temps“ durchblicken, daß zwischen Deutschland und Frankreich eine direkte Verständigung zustandekommen sollte. Der Streitfall zwischen beiden Ländern beziehe sich aber nicht so sehr auf die umfangreiche Erhöhung der geschuldeten Beträge, als vielmehr auf die Zahlungsfähigkeit.

Der Artikel des „Temps“ zwingt zu einigen Schlussfolgerungen. Sollen wir zunächst fest, daß das offizielle Pariser Blatt von den Alliierten von gestern her, also die Entente cordiale als eingestarrt betrachtet. Die Grabrede, die England gehalten wird, kann sich dieses hinter den Spiegel stellen. „Mäuerliche Klänge“, wie es in dem Artikel heißt, ist ein Ausdruck, den man im Schimpfjargon der französischen Zeitungen bisher nur gegen die Deutschen in Deutschland anwandte. Nicht überleben darf das Schicksal werden, was auch zum ersten Male in den Spalten einer offiziellen französischen Zeitung steht, daß alle europäischen Völker verarmt seien. Bisher wollte man in Frankreich diese Falsche überleben und man sollte immer wieder von dem reich gewordenen Deutschland. Heute aber stellt der „Temps“ Deutschland und Frankreich, sowie alle übrigen europäischen Völker auf dieselbe Stufe und stellt ihnen allen ein Zeugnis der Armut aus. Mit diesem verarmten Deutschland möchte der „Temps“ heute das verarmte Frankreich zusammenfassen. Das tonangebende Pariser Blatt empfiehlt nachdrücklich, wie noch nie zuvor, „eine kontinentale Politik gegen England“.

#### Amerika bleibt abseits!

Reinhart, 18. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Washington bestärkt die Regierung der Vereinigten Staaten, im Hinblick auf die kommenden Lösungsversuche der Wiederherstellungsfrage auch weiterhin abseits zu stehen.

Nach Ansicht des Direktors vom amerikanischen Volkswirtschaftlichen Institut ist es für Deutschland nicht in der Lage, weitere Reparationszahlungen zu leisten.

#### Haig will rufen.

Paris, 17. Juli. Dem „Journal“ zufolge hat Marshall Haig gestern in London auf einer von Vertretern des englischen Reiches besuchten Konferenz eine Rede gehalten, in der er verlangte, daß man energischer Maßnahmen zur Bereinigung Englands ergreife. Haig sagte unter anderem:

Unser Ideal ist der Friede. Was muß zur Verwirklichung dieses Ideals geschehen? Auf diese Frage gibt es nur eine Antwort, die so alt wie die Welt ist: Wer hat den Frieden, der ihn nicht zu erhalten vermag, es gebe in diesem Zeitpunkt keinen Widerspruch, denn eine unbewaffnete Nation sei nicht in der Lage, die Achtung und die Freundschaft ihrer Nachbarn zu erhalten. Im Interesse des Friedens, den England wünsche, und um sich die Früchte des Krieges zu ersparen, wünsche ich die ehe maligen Schritte, wie er, Marshall Haig selbst, daß das Reich in wirksamer Weise geschützt sei.

#### Englischer Umwille über die Verkehrsperre.

London, 18. Juli. Zu einer Köhner „Times“-Meldung wird erklärt, die Sperre der Eisenbahn unterwerfe den englischen Willen, keine französischen Waren aus dem Rhein und Ruhr zu hindern, der schwersten Belastungsprobe.

#### Wieder ein Deutscher erschossen.

Münster, 18. Juli. Gestern vormittag um 11 Uhr wurde östlich von Stavel auf der Straße nach Welser ein Deutscher aus Gelsenkirchen beim Liebesreiten der Grenze in der Richtung des besetzten Gebietes von den Franzosen erschossen.

#### Das Mariyrium der Ausgeperrten.

Hamm, 18. Juli. Auch gestern wieder verließen hunderte von Personen in Verzweiflung über die Grenze des besetzten Gebietes zu gelangen. Sie wurden überall von den Grenzposten angehalten, beschimpft und mißhandelt. Teilweise wurden ihnen die Häute vernichtet. In Hamm allein sind annähernd 1000 Personen zusammengeströmt. Fast alle sind ohne jegliche Mittel. Hunderte von ihnen sind aus Ostpreußen, Schlesien und anderen entsetzten Gebieten gekommen.

#### 88 Eisenbahnerfamilien abgehoben.

Frankfurt am Main, 18. Juli. Wie aus Einburg gemeldet wird, wurden aus Dies und Friedebies vorgehoben 88 Eisenbahner mit ihren Familien, zusammen mehrere hundert Köpfe, ausgewiesen. Die Eisenbahner wurden sofort abtransportiert, während den Frauen und Kindern eine Stunde Zeit gelassen wurde, um sich das Handgepäck besorgen zu können.

#### Die englische Antwort.

Die englische Antwortnote auf die deutsche Note vom 7. Juni ist, wie es heißt, im Wortlaut fertiggestellt worden und soll nunmehr alsbald überreicht werden. Der Inhalt der englischen Antwortnote, die auch in Brüssel, Paris und Rom bekannt gegeben werden soll, steht in seinem Grundgedanken fest. Es ist nicht zweifelhaft, daß wenigstens die deutsche Forderung nach einer internationalen Untersuchung der deutschen Zahlungsfähigkeit angenommen werden wird. Ebenfalls verlautet, daß die von der deutschen Regierung angebotenen Garantien als Ersatz für die territorialen Veränderungen im Prinzip angenommen werden. Und eine Pariser Meldung will wissen, daß der passive Widerstand in dieser Note der englischen Regierung erörtert wird, aber gegen eine offene Abänderung der französisch-belgischen Akzeptation. Da der Text der Note noch nicht vorliegt, ist es möglich, sich gerade über diesen entscheidenden Punkt, nämlich die Frage des passiven Widerstandes, den Kopf zu zerbrechen. Aber soweit darf man wohl schon heute sagen, daß die englische Regierung den inneren Sinn unseres Widerstandes klar erkannt hat. Die Nichterwähnung des passiven Widerstandes in der Baldwin'schen Rede, sagt vielleicht mehr als eine noch so geschickte Formel. Nämlich, daß England der Meinung ist, der passive Widerstand ist eine Folge der französisch-belgischen Politik, des französisch-belgischen rechtswidrigen Einbruchs in das Ruhrgebiet. Wenn dieser Standpunkt der englischen Regierung auch in der Note klar zum Ausdruck gebracht würde, so wäre vom deutschen Standpunkt gegen eine Erörterung des passiven Widerstandes an sich nichts einzusetzen. Der passive Widerstand ist eine Verteidigungsmäßnahme, weiter nichts. Er ist in dem Augenblicke erledigt, in dem der Angriff, dem er seinen Ursprung verdankt, aufhört. Es müssen also Garantien geschaffen werden, daß Frankreich seine Truppen zurückzieht, und daß die Befreiung sowohl des Rheinlandes, wie das Ruhrgebiet (welche gehören zusammen) nicht in der Absicht fortgesetzt wird, deutsches Land aus dem Verbände des deutschen Reiches loszulösen. Dies alles sind Selbstverständlichkeiten. Der französisch-belgische Standpunkt aber ist gerade die nationale Selbstverständlichkeit für Deutschland ein Dorn im Auge.

Im übrigen dürfen wir uns keinen Hoffnungen auf englische Berücksichtigung deutscher Interessen hingeben.

Vom weltpolitischen Standpunkte gesehen, wird alles von dem Erfolg der Londoner diplomatischen Aktion im Brüssel abhängen. Lord Curzon bestrebt vorzuziehen, die persönliche Beziehungen zum belgischen König, und in Paris betrachtet man die Vorgänge in Brüssel mit der allergrößten Befürchtung. Belgien, sagt Kerrinax, wäre der Mittelpunkt der diplomatischen Schlacht. In der Öffentlichkeit hat der deutsche Reichsanwalt, Dr. Cuno, die Gelegenheit der Ankunft eines großen deutschen Dampfers in Reinhart benutzt, der für den Verkehr zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten bestimmt ist, um eine Vorstoß an das amerikanische Volk zu richten. Der Anlaß zu dieser Vorstoß ist gut gewählt. Der Augenblick nicht weniger. Nicht Mittel darf umschiffen werden, um die französische Politik als beständig zu kennzeichnen, was sie in Wirklichkeit ist: eine Bedrohung des europäischen Friedens. Und wenn wir auch nicht glauben, daß die Vereinigten Staaten in unmittelbarer Zukunft ihr politisches Gewicht auf die eine oder andere Seite im englisch-französischen Streit werfen werden, so wird letzten Endes alles darauf ankommen, die Vereinigten Staaten zu einer klaren Stellungnahme zu bewegen. In Frankreich besteht auch heute noch die Hoffnung auf die amerikanische Unterstützung. Man hat das Washingtoner Notenabkommen unmittelbar vor der Rede Baldwin's ratifiziert. Und ebenso wie auf der einen Seite die Festigkeit unseres Widerstandes die Grundlage zu einer Lösung des Konfliktes schaffen muß, so wird die Bewegungen, die die Westler in Paris bringen muß, von einer dritten neutralen Stelle in Gang gebracht werden müssen: das sind die Vereinigten Staaten. Auch wenn die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag nicht ratifiziert haben, so sind sie dennoch gerade in der englisch-französischen Auseinandersetzung der weltpolitisch entscheidende Faktor.

#### Im französischen Gefängnis.

Frankfurt am Main, 18. Juli. Neulich kamen wieder Klagen über die Behandlung der im französischen Untersuchungsgefängnis in Wiesbaden untergebrachten Gefangenen. Drei Gefangene werden in der Regel in Zellen von 6 bis 8 Quadratmetern untergebracht. Die Verpflegung besteht aus morgens 6 Uhr Kaffee, ohne jegliche Zutat, um 10 Uhr Brot, vormittags 10 Uhr eine Dose Suppe mit 50 Gramm Brot und einem Stück nicht mehr genießbarem Fleisch und abends 5 Uhr eine mehr als







# Beilage zu Nr. 166 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 18. Juli 1923

## Frankreichs Furcht vor deutschen Zahlungen.

Das tschechische Regierungsorgan „Tribuna“ charakterisiert — falls bei der Anekdote des Ministerpräsidenten Beneš zur Vermittlung zwischen Frankreich und England — die Lage Europas außerordentlich treffend. Es ist das kein Loblied auf den großen französischen Bruder und Bekreier, eher eine Anklage. Die Meinung des Herrn Beneš wird nicht viel anders sein. Würde seine Politik nur dem entzprechen!

Das Blatt geht aus von dem Wertverhältnis der Krone und des Franc 1:2 und folgert:

„... Ein kaum glaubliches Verhältnis, das die politischen Vorgänge in Europa mehr als alles andere illustriert. Auf der einen Seite der größte und politisch stärkste Kontinentalstaat Europas, der den Krieg gewonnen und durch den Frieden seinen Umfang um ein wichtiges und reiches Gebiet vermehrt hat, ein Staat von einem traditionellen Wohlstand und hohem Durchschnittsvermögen der Einzelnen. Auf der anderen Seite ein ganz neuer Staat, einem zusammengebrochenen Reich entworfen, ein Staat ohne wirtschaftliche Homogenität, klein, dessen Industrie und Handel seit langen eine unerschütterliche Krise durchgemacht, ein Staat mit nationalen und politischen Schwächen. Wie ist es möglich, daß es zu einem solchen Mißverhältnis zwischen den Währungen beider Staaten, zu einem solchen Einlenken des Franc gekommen ist?“

Antworten wir mit einer Formel, die dem einen alles, dem anderen nichts sagt: Der Franc ist eine politische Währung. In nicht ganz fünf Jahren ist aus der strengsten Währung eine niedergelassene politische Währung geworden, d. h. eine Währung, die nicht auf dem tatsächlichen Wirtschaftszustand, sondern auf den politischen Willensverhältnissen basiert, abhängig davon, wie gerade die politische Atmosphäre beurteilt wird, was England zu der Situation sagt, wie Belgien sich dazu stellt, und wie schließlich das französische Parlament in seinen Abstimmungen für oder gegen die Regierung gruppiert. Und ferner hängt die Wertbeurteilung des französischen Franc davon ab, was die Welt von der Solabilität Deutschlands, dieses Hauptschuldners Frankreichs, hält. Was aber die Welt von diesem Schuldner hält, zeigt der Kurs der Welt, dieser politisierten politischen Währung. Nemo propheta in patria! Heider Staaten, Frankreichs und Deutschlands, so verwechseln wie jetzt, wo der eine an dem Werte seiner Währung einbüßt, der andere aber an ihrem Tiefstand anfangen ist, weil er zahlen soll, was er nach Ansicht der Welt nicht zu leisten vermag. Der arme Gläubiger eines armen Schuldners?

Mein Zweifel, das moralische Prestige Frankreichs hat durch sein Verhalten gegenüber den Zahlungen in den Augen der neutralen Welt ernstlich gelitten. Damit der Schuldner zahlen könne, muß der Gläubiger bereitwillig-

keit zur Annahme der Zahlungen zeigen. Soweit es sich um die Zahlungen handelt, kann man mit Gewißheit sagen, daß Frankreich sich vor den Zahlungen fürchtet und sie nicht annimmt. Nach den Absätzen von Cotnes soll Deutschland neben den monatlichen Barzahlungen Waren im Werte von 1450 Millionen Goldmark liefern, wovon 950 für Frankreich und 500 Millionen für die übrigen Staaten bestimmt sind. Während die übrigen Staaten Waren im Werte von 470 Millionen, also fast die volle Quote, angefordert und erhalten haben, hat Frankreich von den ihm zuteilenden 950 Millionen nur 210 Millionen, d. i. 22 Prozent übernommen, und zwar deshalb, weil es weitere Lieferungen nicht verlangte, obwohl Deutschland dazu bereit war. Analysieren wir aber die an Frankreich gelieferten Waren im Werte von 200 Millionen, so sehen wir, daß nur etwa 10 Prozent, d. i. 20 Millionen Goldmark auf Waren entfallen, die für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt sind, während die übrigen 80 Prozent Waren für Handel und Industrie bestimmt sind. Diese Ziffern sind nicht etwa das Produkt deutscher Propaganda; diese Analyse stammt von Tarbier, der von einem „Manquement des commandes“, einem Mangel an Bestellungen der französischen Regierung spricht. Erwägen wir, daß Frankreichs härteste Position allen Kritiken gegenüber in der Benutzung seines guten Rechtes lag, daß die von den Deutschen verwüsteten Gebiete wieder aufgebaut würden, es geht aber — nach Ansicht von Charles Gide infolge des Druckes der französischen Industrie — diese Zahlungen nicht ausreicht, so wird uns klar, wieso die Anschaffung aufkommen konnte und mußte, daß Frankreich keine Reparationen wünscht, sondern nur den politischen Zusammenbruch Deutschlands bedauert. Die Meinung, daß die Preise der deutschen Reparationswaren zu hoch seien, kann nicht richtig sein, da England und Jugoslawien nicht nur die in Cotnes festgesetzten Lieferungen voll ausgenutzt, sondern sogar mehr bezogen haben, als ihre Quote betrug. Soll man sich angesichts dieser Tatsache wundern, daß auch die französische Presse auf die Verzögerung bei Reparaturen und Millerands als Symbol großer Industrieübervorteile hinweist? Deutschland ist mit seinen unannehmbar niedrigen Angeboten democh vor der Welt im Vorteil, wenn es sein Unvermögen darlegt, da Frankreich als Gläubiger ein manquement de volonté zeigt, Lieferungen zu empfangen.

Allein diese nicht angemessenen Zahlungen können nur eine Episode in dem ganzen Reparationsplan sein, wenn sie auch ein scharfes Licht auf die französische Politik werfen. Heute stehen wir vor einer weit wichtigeren Aufgabe, und das ist das englo-französische Verhältnis, für das eine kritische Phase gekommen ist. England braucht Ruhe und Frieden auf dem Kontinent, braucht sie um jeden Preis, und Frankreich fräut sich, diesen Preis zu zahlen. Das ist das Wesen des Konflikts, und darin liegt die große Gefahr für die Ruhe und Ordnung Europas.“

## Wichtige Wirtschaftszahlen.

Großhandelsindex	48 544 fach
Lebenshaltungskosten	16 180 fach
Goldausfuhrpreis (20 M.)	550 000 M.
Goldzuflusspreis	3 619 000 %
Reichsbankzinsfuß	18 %
Reparierdammung (in Milliarden)	17 303 M.
Reizpreis (markt. Berlin 50 Mg.)	580 000 M.
Wachstumsindex (Juli)	18 500
Bäder- und Kurortindex	23 000

## Politische Rundschau Welches ist der Maßstab für Deutschlands Zahlungen?

Die bekannte Exportzeitschrift „Das Echo“ veröffentlicht folgenden offenen Brief eines Amerikaner: „Deutschland hat der Entente 7 500 000 000 Dollar angedoten. England schuldet den Vereinigten Staaten 4 300 000 000 Dollar, und doch verlangt es 62 Jahre, um diese Schuld mit niedrigen Zinsen abzugeben. Frankreich schuldet den Vereinigten Staaten ungefähr 3 100 000 000 Dollar und erklärt offen, daß es nicht einmal die Zinsen dieser Schuld bezahlen kann, geschweige je das Kapital. Italien schuldet den Vereinigten Staaten 1 700 000 000 Dollar und erklärt sich für unfähig, Kapital oder Zinsen dieser Schuld zu zahlen. Belgien schuldet den Vereinigten Staaten 400 000 000 Dollar und behauptet, nichts davon zahlen zu können. Rumänien schuldet den Vereinigten Staaten nur 30 000 000 Dollar und kündigt in Uebereinstimmung mit den größeren faulen Schuldner an, daß es nichts zahlen kann. Die Staaten hatten die Zahlung dieses Geldes sechs oder acht Jahre, ohne einen Pfennig Zinsen dafür zu zahlen.“

Was also ist der Maßstab, der das deutsche Angebot für Frankreich undisziplinierbar macht? London ist das Weltzentrum der Welt, und Großbritanien ist die reichste aller Nationen, und doch behauptet die Honorable House, daß die Zahlung seiner Schuld an Amerika die Lebenshaltung des englischen Volkes für eine ganze Generation herabdrücken würde. Was würde danach die Folge für die Lebenshaltung des deutschen Volkes sein in Anbetracht dessen, was es schon bezahlt hat und noch bezahlen soll? Was es schon bezahlt hat, übersteigt die Zinsen der Vereinigten Staaten aller Siegerstaaten, die nicht einmal inslande sein wollen, auch nur einen niedrigen Zinsfuß auf die Schuld zu zahlen! Die Zurückweisung des deutschen Angebots bedeutet, daß kein Angebot überhaupt die jetzigen Verantwortlichen in Frankreich befriedigen würde.“ Der Brief schließt: „Alle die den Frieden lieben, fordern in diesen furchtbaren ersten Stunden der Weltgeschichte auf, alles zu tun, was zur Stärkung des politischen Widerstandes des deutschen Volkes gegen den bevorstehenden Einfall der Franzosen getan werden kann. Alle Vandalen, die die Gattfreundschaft Deutschlands genießen, sind verpflichtet, das deutsche Volk in seiner gerechten Sache zu unterstützen.“

### Fortsetzung der Theaterkanonade des „Lemps“.

**Paris, 17. Juli.** Mit gleicher Schärfe wie in den letzten Tagen legt der „Lemps“ seinen Reden gegen England fort. Das Blatt erneuert den Vorwurf, daß Großbritannien eine antikonominale Politik betreibt und geht dabei von den gestrigen früh im „Matin“ auszusagenden veröffentlichten Meinungen des englischen Politikers Asquith aus, der bekanntlich 1914 dem britischen Kabinett vorstand. Der „Lemps“ fragt, warum die englische Regierung, die sich immer von der öffentlichen Meinung ihres Landes führen ließ, anfängt sie zu leiten, sich 1914 nicht dem Einfall in Serbien widersetzte, und zu spät den Einmarsch in Belgien zu verhindern suchte. Die Antwort des Blattes lautet: Weil das außerhalb des Kontinents gelegene England, das zudem die Sorge um ein großes Reich quälte, in Europa nur von dem Augenblick an aufzutreten gewillt ist, wo es ein persönliches Interesse auf dem Spiele zu sehen glaubt.

In dem heutigen Artikel gegen England führt der „Lemps“ weiter aus: Im Juli 1914 habe England den russischen Einfluß auf den Balkan gefährdet und es arbeitete an einer Verständigung mit Deutschland, um sich mit diesem in den nahen Osten und die portugiesischen Kolonien zu teilen. Im Juli 1923 befürchtete Großbritannien die Fortschritte des französischen Einflusses am Rhein und wünscht ein von mehreren widersprechendes Abkommen, auf Grund dessen Deutschland, wenigstens ein ein größerer Markt denn je wird, das Ziel des englischen Exporthandels und dessen wirtschaftlichen Aufschwung erleichtern werde. Der „Lemps“ schließt mit der Aufforderung an Frankreich, selbständig einen anderen Weg zur Erlangung seiner Schuldenforderungen auszubuten.

### Ausschluß von neun Mitgliedern der Italienischen Volkspartei.

**Paris, 17. Juli.** Einer Sanasmedung aus Rom zufolge hat die italienische Volkspartei neun Mitglieder ausgeschlossen, weil sie in der gestrigen Kammerdebatte für die Regierung stimmten.

### Der englische Beobachter in Koblenz.

Die Pariser „Eve Nouvelle“ hält die endgültige Besetzung Einmarsch im gegenwärtigen Augenblick zum mindesten für sehr bedauerlich. Es sei zu beklagen, daß der englische Oberkommandant in Koblenz, Lord Kilmarnock, seine Regierung ganz besonders auf seine Besetzung und ihr Zusammenstreffen mit der Erklärung des Premierministers Baldwin hinweisen werde. Die Koblenzer Zone, die ehemals amerikanisch gewesen sei, sei seit der Besetzung des Ruhrgebietes französisch und hoffe an die von dort an. Es frage sich, ob Lord Kilmarnock noch weiter in Koblenz bleiben werde, um stummer Beobachter zu sein.

### Der Belagerungszustand auch über Essen.

**Essen, 17. Juli.** In Essen ist die, über einen Bezirk des südlichen Stadteils, verhängte Belagerungsjerrre bis zum 1. August verlängert worden. Die „Westfälische Zeitung“ ist von der Besatzungsbehörde aufs neue bis zum 23. Juli verboten worden.

### Geiselaustausch wie im Mittelalter.

**Münster, 1. Juli.** Von den in Duisburg festgehalten von den Einbruchstruppen inhaftierten 26 Geiseln anlässlich des

Explosionsunfalls an der Rheinbrücke sind in den letzten Tagen sechs Herren in höherem Alter gegen sechs Duisburger Bürger ausgetauscht worden, die sich hierzu freiwillig gemeldet hatten. Insgesamt hatten sich achtzig Duisburger Bürger als Austauschgeiseln freiwillig gestellt. Der Austausch der restlichen zwanzig Geiseln wurde von den Truppen abgelehnt.

### Die Berliner Handelskammer gegen den Vermögensnachlassungskommissionar.

**Berlin, 17. Juli.** In einer Eingabe an das Reichsarbeitsministerium hat die Handelskammer zu Berlin den Antrag gestellt, die Geltungsdauer der Vermögensnachlassungsverordnungen, die nach dem Gesetz am 31. Oktober dieses Jahres abläuft, nicht zu verlängern, da sich bisher infolge der zahlreichen Verbindlichkeitsverletzungen von Schiedsgerichtlichen schwere Inanspruchnahmen ergeben hätten. Für bestimmte Fälle sei grundsätzlich die Möglichkeit einer Verbindlichkeitsverletzung beizubehalten. Als zutreffende Stelle hierfür seien die in der Schlichtungsordnung vorgesehenen Einigungs-Kammern der Vermögensnachlassungsämter oder der Einigungsämter des Reichsschlichtungsamtes eingesetzt worden.

### Die deutsch-russischen Verhandlungen.

**Berlin, 17. Juli.** Dabamitlich wird mitgeteilt: Die deutsch-russische Kommission für die Ausgestaltung des Handelsvertrags hat die erste und zweite Sitzung des Konjunkturabkommens beendet, wobei mit Ausnahme weniger Punkte zwischen beiden Seiten Einverständnis erzielt worden ist. Sie wird jetzt eine Pause in ihren Verhandlungen eintreten lassen, die durch die Notwendigkeit der Einholung von Instruktionen aus Moskau bedingt wird. Nach dieser Unterbrechung werden die Verhandlungen in Berlin fortgesetzt werden. Der bisherige Verlauf berechtigt zu der Erwartung, daß über die noch offenen Fragen ohne Schwierigkeiten eine Einigung erreicht werden wird.

### Politische Zusammenhänge in Erlangen.

**Erlangen, 17. Juli.** Vorgesprochen abend 8 Uhr kam es hier zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern. Nachts um 11 Uhr fand ein zweiter Zusammenstoß statt. 14 Mann wurden ins Krankenhaus gebracht, von denen aber acht bereits wieder entlassen sind. Einer der Beteiligten erlitt einen Schlag in den Rücken. Im Verlauf der Unruhen fielen auch aus den Häusern einige Schüsse. Eine Reihe von Fensterscheiben wurden eingeworfen. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

### „Die rote Revolverrevise.“

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Deutsche Handelsmacht“, das Hauptorgan der Deutschen Nationalsozialistischen Handelskammern, einen russischen erregenden Aufsatz. Es geht aus diesem Aufsatz hervor, daß zahlreiche sozialdemokratische Zeitungen, die sich nicht mehr aus eigenen Kräften über Wasser zu halten vermögen, von der „bürgerlichen Kapitalrevise“ ausgeschalten werden und zwar durch Dauer-Anzeigen, die man den bürgerlichen Geschäftsinhabern teils durch kaum verhüllte Drohungen, teils durch Vorsepiegelung falscher Tatsachen (Kampf gegen den Volksweltwettbewerb) abpreßt. So liefert das „Virtutum“, besonders der Dandel, dem Feinde die Munition, mit der das eigene Lager beschossen wird. Die „Deutsche Handelsmacht“ fordert in scharfen Worten auf, diese selbstmörderische Duldung aufzugeben. „Wer die rote Revise unterstügt, demittt sich

damit als Gegner der Sache des Bürgerturns“. Es wird nachmittags am Fortschritt Deltsch ein Diebstahl verübt. Ein erkannter und zur Anzeige gebracht Deltschiger stahl am helllichten Tage von den dort weilenden Jagen ein Jungtier, schlachtete es ab und wollte es in einen Kauf nach Deltsch mitehmen. Der Diebstahl wurde bald bemerkt und so konnte die Beute dem Täter von der Besizerin abgenommen werden, bevor er Deltsch erreichte. — Ein recht bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern morgen auf dem Deltschiger Bahnhof. Gerade in dem Augenblick, als der Deltschiger Personenzug Nr. 411 kurz nach 6 Uhr morgens einleitet, kam ein als Stenotypist in der Hilmabreit Werke beschäftigtes junges Mädchen infolge des neuangeführten Stenotypbills zwischen die vorgelagerten Gleise zu Fall und schlug, da die Schienenstränge dicht beieinander liegen, mit dem Kopf gegen den anlaufenden Zug. Die Bedauerwerte war sofort tot.

### Aus Provinz und Reich

#### Diebstahl. — Unfall.

**Deltsch, 17. Juli.** Mit selbener Freiheit wurde gestern nachmittags am Fortschritt Deltsch ein Diebstahl verübt. Ein erkannter und zur Anzeige gebracht Deltschiger stahl am helllichten Tage von den dort weilenden Jagen ein Jungtier, schlachtete es ab und wollte es in einen Kauf nach Deltsch mitehmen. Der Diebstahl wurde bald bemerkt und so konnte die Beute dem Täter von der Besizerin abgenommen werden, bevor er Deltsch erreichte. — Ein recht bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern morgen auf dem Deltschiger Bahnhof. Gerade in dem Augenblick, als der Deltschiger Personenzug Nr. 411 kurz nach 6 Uhr morgens einleitet, kam ein als Stenotypist in der Hilmabreit Werke beschäftigtes junges Mädchen infolge des neuangeführten Stenotypbills zwischen die vorgelagerten Gleise zu Fall und schlug, da die Schienenstränge dicht beieinander liegen, mit dem Kopf gegen den anlaufenden Zug. Die Bedauerwerte war sofort tot.

#### Ein Hauswirt vom Mieter erschoten.

**Berlin, 16. Juli.** Zu wech unzeitigen Vorkommnissen die augenblicklich bestehenden Differenzen zwischen Mieterschaft und Vermieterin führen können, beweist die folgende Muttat, die sich in der Nacht zum Sonnabend in der Wohnungstrage in Berlin-Neukölln ereignete. Der Besitzer des Hauses, der Schuhwarenfabrikant Wilhelm Gebulla lebte mit einem seiner Mieter, einem 59 Jahre alten Lagerverwalter Karl Hinkelheim, schon seit längerer Zeit auf gespanntem Fuße. Nachts feierte der Hausbesitzer seinen Geburtstag. Gegen 12 Uhr, als Hinkelheim nach Hause kam, fuhr der Hund des Wirts an. Darüber gerieten die beiden Männer in Streit, der in Tätlichkeiten ausartete. Gebulla folgte seinem Mieter schließlich auf den Hof. Hier fand wieder ein Zusammenstoß mit ihm statt. Das Ende war, daß beide mit Messern aufeinander losgingen. Hinkelheim verletzte seinen Gegner einen so schweren Stich, daß er tot zusammenbrach. Der Täter, der ebenfalls eine Stichwunde am Schließelbein erhalten hatte, wurde festgenommen.

#### 18 Bauernhäuser eingeweiht.

**Hamburg, 14. Juli.** Gestern nachmittags entstand in Scholtenstich bei Haldorf, wahrscheinlich durch Selbstzündung von zu früh eingefahrenem Feuer, Großfeuer. Der Brand wurde um 4 Uhr bemerkt; eine Stunde später standen bereits acht Gebäude in Flammen. Im ganzen sind 18 große Bauernhäuser und sechs kleinere Gebäude eingeweiht worden.